

Arbeiten für weniger als Hartz IV

Sprachlehrkräfte an Universitäten fordern einen angemessenen Stundensatz und bessere Beschäftigungsverhältnisse – auch an der FAU.

Die Situation der Lehrbeauftragten:

Ein Großteil des Sprachenunterrichts an den bayerischen Universitäten wird von scheinselfständigen Lehrbeauftragten bestritten, die von ihren Stundensätzen – zwischen 22 und 30 € – alle Abgaben wie Kranken- und Rentenversicherung (also auch den Arbeitgeberanteil) selbst leisten müssen und in Krankheitsfällen und im Urlaub keinen Verdienst haben. Das Honorar berücksichtigt nur die Unterrichtsstunden und schließt dadurch Vor- und Nachbereitungszeiten sowie die Betreuung der Studierenden mit ein.

Mehr als eine halbe Stelle erlaubt das Wissenschaftsministerium nicht. Und damit verdient man weniger als 7.000 Euro brutto im ganzen Jahr. Trotz Hochschulabschluss.

Obwohl die Tätigkeit als Sprachenlehrer*in für viele der hochqualifizierten Lehrbeauftragten den Hauptberuf darstellt, ist es unmöglich von diesen Stundensätzen zu leben. Die zunehmende Internationalisierung der Hochschulen erfordert zudem mehr hauptamtliche Stellen in diesem Bereich.

Die Forderungen:

- eine angemessene Bezahlung: mind. 50 € / Lehrstunde (eine Unterrichtsstunde entspricht hier mehr als 2 Arbeitsstunden)
- mehr hauptamtlich Angestellte unter Berücksichtigung der durch Lehraufträge erworbenen Lehrerfahrung

Die Aktion:

Infostand am 25. November 2017, Untere Karlstraße Erlangen (Ecke UB / Joghurtbar), 11 – 13 Uhr:

Kommen Sie vorbei, informieren Sie sich, diskutieren Sie mit uns.

Außerdem: Unterschriftensammlung durch die betroffenen Lehrkräfte

Die Forderungen der Lehrbeauftragten und die Aktionen werden unterstützt von der **Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW)**. Bei Fragen wenden Sie sich an den Fachgruppenausschuss Hochschule und Forschung der GEW Bayern: huf@gew.bayern.de. Mehr Informationen unter: www.gew-bayern.de/fachgruppen/fachgruppe-hochschule-und-forschung/

Betroffen sind nicht nur die Fremdsprachen: auch die Musiklehrbeauftragten an den Hochschulen und Universitäten fordern bessere Arbeitsbedingungen und haben im November für zwei Wochen die Arbeit niedergelegt.

BELASTUNGEN DER LEHRBEAUFTRAGTEN

- Strukturelle Benachteiligung von Frauen
- Begrenzte Unterrichtsstunden pro Arbeitgeber
- Nicht verhandelbarer Stundensatz
- Unterbezahlung
- Keine Einnahmen bei Krankheit
- Krankenversicherung auf eigene Kosten
- Altersvorsorge auf eigene Kosten
- Kein Urlaubsgeld
- Keine Garantie für weitere Aufträge



**Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft**

November 2017

Landesverband Bayern, ViSdP Erwin Denzler
Schwanthalerstr. 64, 80336 München, erwin.denzler@gew.bayern